

Maturanden üben sich in der Politik

Sarnen Die sechsten Klassen der Kantonsschule Obwalden simulierten gestern im Rathaus eine Kantonsratsdebatte. Ganz wie im echten Leben standen auch hier Sachpolitik und das Sparen im Vordergrund. Initiativen hatten einen schweren Stand.

Franziska Herger
franziska.herger@obwaldnerzeitung.ch

Holzbänke gefüllt mit murmelnden Parlamentariern, Papierscheln und Erwartung in der Luft – man könnte auf den ersten Blick fast meinen, im Sarnen Rathaus beginne eine gewöhnliche Kantonsratsitzung. Doch der zweite Blick sieht statt grauen Haaren junge Gesichter, statt Krawatten Turnschuhe und statt erfahrenen Parlamentariern 47 Maturanden der Kantonsschule Obwalden, welche die Debatte gestern lediglich simulierten – wenn auch auf äusserst ernste Art.

Erstes Traktandum war die Initiative «Aktivbürgerrecht für in Obwalden wohnhafte Ausländer». Wer als Ausländer seit mehr als fünf Jahren in der Schweiz und seit einem Jahr im Kanton wohnt, soll politische Rechte erhalten, so die Vorlage. Der Gegenvorschlag der «Regierung» will dies nur für Ausländer, die schon die Einbürgerung beantragt haben. Völlig daneben fand Aisha Kempf für die «Die jungen Schweizer Rechten»: «Einwanderer kommen in die Schweiz wegen der vielen Vorteile hier. Da können sie nicht auch noch Forderungen stellen.» Auch den Gegenvorschlag lehnte



Die Maturanden stimmen im Kantonsratssaal über Initiative und Gegenvorschlag ab.

Bild: Franziska Herger (Sarnen, 4. Mai 2018)

sie ab, da «der bürokratische Aufwand viel zu gross wäre.»

Sämtliche Initiativen wurden abgelehnt

Eliane Mesquita hielt für die «Realliberale Union» dagegen. «Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung hat in Obwalden nichts zu sagen. Dabei hätten politische Mitwirkungsrechte einen posi-

ven Einfluss auf die Integration.» Neben den beiden Maturandinnen vertraten 11 andere Jugendliche ihre Anliegen, ganz wie echte Kantonsräte, aber kürzer – jeder erhielt nur vier Minuten Redezeit. Ganze 13 Fraktionen von links bis rechts hatten die Schüler gebildet. Auffällig oft tauchten in den Fraktionsprofilen Sachpolitik und Jugendanliegen

auf. Geschichtslehrer Bernard Krummenacher, der die Simulation, das sogenannte «Planspiel Politik» erarbeitet hat, war nicht überrascht. «In Obwalden wird pragmatische Sachpolitik relativ gross geschrieben.»

Die Initiative über die politischen Rechte von Ausländern wurde samt Gegenvorschlag relativ knapp abgelehnt. Nicht besser

erging es den anderen Initiativen – Kostenfreier ÖV für Jugendliche und preiswerte Mittagsverpflegung in der Mensa. Hier spielten Sparüberlegungen, ganz wie in der echten Kantonspolitik, die grösste Rolle. Die Schüler hätten erkannt, dass viele ihrer Ideen zwar gut tönten, aber schwer umsetzbar waren, so Krummenacher. «Oder sie waren mit der Aus-

formulierung im Gesetzestext nicht einverstanden. Einzelne haben vielleicht aus taktischen Gründen nicht die Meinung vertreten, die sie privat hätten.» Das bestätigte die 19-jährige Aisha Kempf in der ersten Pause nach ihrem Votum: «Wir wollten mit etwas «rechteren» Positionen das Ganze aufmischen. Ich glaube, das ist uns gelungen.»

Mit politischer Bildung das Gymnasium verlassen

Die simulierte Parlamentsdebatte bildet das Ende des mehrmonatigen Projekts, in dem die Schüler nacheinander die Rollen des Initiativkomitees, der Regierung und der Fraktionen einnahmen. Auch die Unterschriften mussten beim «Volk», den Mitschülern an der Kanti, selber gesammelt werden. «Sie haben sicher gelernt, was für ein aufwändiger Knochenjob die Politik ist», meinte Bernard Krummenacher mit einem Schmunzeln. Man wolle die Maturanden mit einer soliden politischen Bildung aus dem Gymnasium schicken, so der Geschichtslehrer. Ziel erreicht? «Ich kann mir nicht vorstellen, Politikerin zu werden», meinte Eliane Mesquita. «Aber ich weiss jetzt, wie das alles funktioniert.»